



«Fall Griechenland» wird zur Epidemie

## Triumph der Schuldenmacher

**Die in Europa durchgesetzte «Zinsnullung» wird von der EU als Erfolg gefeiert. Die Schweiz hat sich – Diktat von Bundesrat und Nationalbank – an diese Politik ketten lassen. Die Überschuldung Europas schreitet unvermindert fort.**

Die Sprecher Brüssels triumphieren: Sie tun so, als wäre für die politisch durchgesetzte Zinsnullung keinerlei Preis zu bezahlen. Zinsnullung wird zum Rezept, sich – trotz Überschuldung – weiterhin gleichsam alles leisten zu können. Vor allem auch unbezahlbare Wohlfahrtsapparate. Die Notenpresse soll's richten.

### Überschuldungs-Karussell

Dass die Verursacher der masslosen Überschuldung in den Euro-Ländern die Zinsnullung als Erfolg zu verkaufen versuchen, erstaunt nicht. Dass nun aber der wichtigste Wirtschaftsverband der Schweiz – Economiesuisse – in den Lobgesang auf die Zinsnullung und die von ihr ausgehende schrankenlose Überschuldung einstimmt, muss erschrecken. Hat man bei den Wirtschaftsexperten die «griechische Lektion» nicht verstanden?

Sobald sich das zuvor schon hochverschuldete Griechenland dank Aufnahme in den Euro-Raum plötzlich viel billiger – nämlich nach den Deutschland zugestanden Bedingungen – verschulden konnte, ging zu Athen jegliche Finanzdisziplin verloren. Die griechischen Schulden verdreifachten sich innert kürzester Zeit. Dies war der Ausgangspunkt der Euro-Krise.

### **Die Kehrseite der Zinsnullung**

Weshalb setzt die EU die Zinsnullung durch? Allein deshalb, dass diejenigen, welche die Billionen-Überschuldung in der Europäischen Union verursacht haben – EU-Funktionäre einerseits, mit den EU-Schulden spekulierende Banker andererseits –, sich durch politisch durchgesetzte Zinsnullung ihrer Verantwortung entziehen könne. Sie müssen nicht bezahlen für das, was sie angerichtet haben.

Übersehen – oder leugnen – die Economiesuisse-Exponenten, dass die Zinsnullung auch Opfer fordert? Sie trifft die Sparer, all jene, die, an der Selbstverantwortung orientiert, finanziell verantwortungsbewusst handeln. Die Sparer werden als Folge der Zinsnullung um die Erträge ihrer soliden Spartätigkeit gebracht. Sie haben die Opfer zu bringen zugunsten derjenigen, die bar jeder Verantwortung die Ausgaben völlig aus dem Ruder haben laufen lassen.

Alle, die heute im Arbeitsprozess stehen, denen allmonatlich die Prämien für AHV und spätere Pension abgezogen werden, müssen mit Beklemmung zur Kenntnis nehmen: «Dank» Zinsnullung bleibt dieses Zwangssparen ohne Ertrag.

Economiesuisse und Nationalbank verlangen derweil, es müsse eine gewisse Inflation erreicht werden. Seit wann ist Inflation das Ziel solider Geldpolitik? Die Antwort ist klar: Seit die Geldpolitik von der EU, von Mario Draghi diktiert wird. Entschuldung durch Inflationierung lautet das Brüsseler Rezept. Das Resultat: Die, die heute sparen – ob freiwillig oder durch Prämienabzug für Pensionskasse und AHV – dürfen dann, wenn sie von den Erträgen ihres Sparens leben müssen, erfahren, dass der Wert der angehäuften Ersparnisse halbiert oder

noch stärker vermindert worden ist. Die korrekten, die disziplinierten Sparer werden teil-enteignet, auf dass sich die skrupellosen Schuldenmacher der Verantwortung für ihren verbrecherischen Ausgaben-Schlendrian entziehen können.

### **Verhängnisvolle Auswirkungen**

Die Metastasen dieser verhängnisvollen Begünstigung der Schuldenmacher bei gleichzeitiger Bestrafung der korrekten Sparer sind längst sichtbar: Die EU flutet zwar die Wirtschaft mit Abermilliarden, ja mit Billionen von per Notenpresse geschaffenen Geld. Angeblich zur Konjunktur-Ankurbelung. Aber die Wirtschaft springt in Europa nicht an. Vielmehr wird Europa zum Schlusslicht bezüglich Wirtschaftsentwicklung. Weil die privaten, auf Erträge ausgerichteten Investitionen ausbleiben. Sie bleiben allerdings bloss in Europa aus. Die Investoren sind aktiv in Fernost, wo Investitionen Erträge liefern und Teilnahme am wirtschaftlichen Aufschwung und an technologischen Neuentwicklungen garantieren. Dort, wo Investitionen in unabsehbare Schuldenlöcher umgeleitet werden, halten sich Investoren fern. Europa erfährt das bitter.

Die Europäische Zentralbank und die Schweizerische Nationalbank in ihrem Schlepptau behaupten derweil, man habe – obwohl man am Ziel Inflation festhalte – immerhin die Teuerung im Griff. Als ob die massive Miet- und Bodenpreis-Erhöhung nicht wahrgenommen würde – verstärkt noch, weil die «Zinsnuller» identisch sind mit denen, die uns die Masseneinwanderung einbrocken.

### **Im Teufelskreis der Überregulierung**

Die Erfahrung ist längst verinnerlicht: Wo der Staat Erträge aus Investitionen nicht mehr zulässt oder zumindest markant einengt, bleiben die Investitionen aus. Dazu liefert Zürich ein neues Beispiel: Den steigenden Mietkosten wird – ein Schachzug der Linken – jetzt damit begegnet, dass Zonen für billiges Wohnen ausgeschieden werden. Wer dort Land besitzt, muss staatlich durchgesetzte Ertragseinbusse hinnehmen. Das wird die Bereitschaft, Wohnbauten zu erstellen, markant dämpfen. Also muss, zumal die Masseneinwanderung noch

immer Tatsache ist, der Staat einspringen. Mittels weiterer Verschuldung. Die Notenpresse soll es richten.

Dass solch dirigistische Prozesse begleitet werden von massiver Auswucherung bürokratischer Kontrollapparate, wird ausgeblendet – auch von Economiesuisse. Dabei liegen die Fakten auf dem Tisch: In Fernost wächst die Wirtschaft; in der Schweiz wachsen wie in der EU allein die keine Erträge abwerfenden, aber immer exorbitantere Kosten verursachenden Funktionärsapparate. Das lässt sich aus der Statistik über die Entwicklung der Arbeitsplätze einwandfrei ablesen.

### **Was ist zu tun?**

Was unternimmt Bundesbern? Bundesrat und Nationalbank halten ihre Fesselung der Schweiz an den Euro aufrecht.

Als der Euro 2011 dem freien Fall anheimzufallen schien, war die Intervention der Nationalbank gerechtfertigt – als «vorübergehende Notmassnahme», wie seitens Nationalbank offiziell erklärt wurde. Dass der Franken an den Euro auch dann angekettet bleibt, seit der Euro den Kurs von Fr. 1.20 aus eigener Kraft halten kann, ist hingegen verhängnisvoll. Weil mit der Ankettung an den Euro die Ankettung an die Zinsnullung untrennbar verbunden ist. Die Sparer der Schweiz haben die Folgen der EU-Überschuldungspolitik mitzufinanzieren.

Eine Alternative bestünde. Die Gold-Initiative weist den Weg. Wenn krisenhafte Entwicklungen drohen, können genügend werthaltige Reserven ausschlaggebend werden für das Überleben von Staaten und Volkswirtschaften. Genau dieses Ziel verfolgt die Gold-Initiative: Eigenverantwortliche, auf solide Werte – also Gold – abstellende Reserve-Bildung statt Ankettung an den in die Wirtschaftskrise führenden Schulden-Euro.

Ausgerechnet Economiesuisse, ausgerechnet die Wirtschafts-Exponenten glauben sich mit Händen und Füßen sowie unzähligen unhaltbaren Argumenten gegen dieses solide Rezept zur Krisenverhinderung zur Wehr setzen zu

müssen. Der Stimmbürger hat die Wahl: Will er, angebunden an die EU, jenen folgen, die zwar alles Mögliche, nicht aber die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Schweiz als ihr Ziel verfolgen. Oder will er sich am Grundsatz der Gold-Initiative orientieren: Keine Unabhängigkeit ohne eigenständige, solide Währung – und keine solide Währung ohne werthaltiges Fundament. Werthaltig ist ein Fundament, wenn es einen ausreichenden Anteil Gold enthält.

Ja zur Gold-Initiative!

*Goldstück*

*Der Newsletter «Goldstück» wird herausgegeben vom Komitee «Ja zur Goldinitiative – Rettet unser Schweizer Gold», Postfach 23, 8416 Flaach  
[www.goldinitiative.ch](http://www.goldinitiative.ch) – [info@gesunde-waehrung.ch](mailto:info@gesunde-waehrung.ch)*

*Autor der heutigen Ausgabe: Alt Nationalrat Ulrich Schlüer*